

WAS LÄUFT DA IN ÖSTERREICH?



Mountainbiken ist in Österreich so populär wie in der Schweiz und in Deutschland. Dumm nur, dass es fast überall verboten ist, wo es Spass macht. Ein Blick in ein Land, das in Sachen Mountainbikesport den Anschluss verpasst hat.

**BITTE
NED
RADLN!**



Bis im Jahr 1995 war es im Kanton Wallis verboten, als unverheiratetes Liebespaar in einer gemeinsamen Wohnung zu leben. Im Jahr 2021 ist es in Österreich verboten, mit einem Fahrrad durch den Wald zu fahren. Das Wallis hob 1996 als letzter Schweizer Kanton das Konkubinatsverbot auf. Durchgesetzt wurde es schon lange nicht mehr, längst störte sich kaum noch jemand an intimen Beziehungen ohne Trauschein.

Auch mit einem Mountainbike über eine Forststrasse zu fahren, erscheint vielen nicht als unrecht. Illegal ist es in fast allen österreichischen Wäldern trotzdem. Grund dafür ist, dass im Jahr 1975 der private Wald der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde. Seit Inkrafttreten des Forstgesetzes ist es erlaubt, jeden Wald zu Erholungszwecken zu betreten, nicht aber, ihn zu befahren. Über der Waldgrenze verbieten Gesetze der Bundesländer Österreichs das Mountainbiken. Einzige Ausnahme ist Tirol, wo dies weder ausdrücklich erlaubt noch verboten ist.

Über 80 Prozent der Waldfläche Österreichs sind in

Privatbesitz. Die Eigentümer des Waldes haben das Recht, Forststrassen oder Wege zur Befahrung freizugeben. Viele haben kein Problem mit Mountainbikern auf ihren Waldstrassen, aber es gibt fast überall auch jene, die das auf ihrem Boden nicht wollen, womit durchgehende Routen unmöglich werden.

Die gelebte Realität ist auch in Österreich eine andere als die rechtliche. Mountainbiken ist so populär wie in der Schweiz oder in Deutschland und die Topographie ist ebenso geeignet. «Zuhause weiss man, wo man fahren kann und wo Scherereien drohen. Fährt man in weniger bekanntem Gebiet, dann muss man immer damit rechnen, angehalten und zurückgeschickt zu werden», beschreibt Andreas Pfaffenbichler, Sprecher des Vereins «upmove», welcher für legales Biken in österreichischen Wäldern und für eine Änderung des Forstgesetzes kämpft.

Es gibt Wälder, in denen Sicherheitskräfte patrouillieren, andernorts setzen die Grundeigentümer oder Jäger das Forstgesetz durch. Manche lassen Mountainbiker am Ort eine Erklärung unterschreiben, dass sie nie wieder auf diesem Waldstück Rad fahren werden. Wer besonders viel Pech hat, schiebt danach sein Bike kilometerweit, bis er aus dem Wald ist – während ihm ein Jäger im SUV hinterher fährt.

Im Jahr 2013 wurden vier Mountainbiker auf je 15'000 Euro Schadenersatz

verklagt. Nach einer gütlichen Einigung zahlten sie je 1000 Euro Verfahrenskosten und kamen ohne Strafregistereintrag davon. Strafandrohungen erhalten in Österreich auch Leute und Organisationen, die in den sozialen Medien Tourenvorschläge publizieren, die über nicht freigegebene Wege führen.

Gebiete über den Wald

Das Forstgesetz führt zu erstaunlichen Regelungen. Es gibt Forststrassen, die mit dem Auto befahren werden dürfen, über die mitunter sogar Lastwagen rollen, Mountainbiken hingegen ist verboten. Der Eigentümer will es so und hat das Recht, dies so zu verfügen. Eine weitere Besonderheit Österreichs ist, dass es offizielle Mountainbike-Routen gibt, die von Fahrverbotszonen umgeben sind. Das führt zur absurden Situation, dass man das Fahrrad bis zur freigegebenen Strecke schieben muss. Im Jahr 2019 formierte sich breiter Widerstand gegen eine solche Konstellation. Die Folge: Die legale Route wurde aufgehoben.

Ein Argument der Waldbesitzer für die Ablehnung des Mountainbikens ist, dass sie dafür haften, wenn auf ihren Forststrassen jemand verunfallt. Die «Wegehalterhaftung» greift aber gemäss Gesetz nur bei grober Fahrlässigkeit oder Vorsatz. Diese Verantwortung wurde für die Forsteigentümer gelockert, um sie da-

für zu belohnen, dass sie Menschen über ihre Waldwege spazieren lassen. Es haben schon verschiedene Journalisten nach Fällen gesucht, in denen ein Waldbesitzer wegen eines Unfalls auf seinem Boden zur Kasse gebeten worden wäre. Niemand brachte einen konkreten Fall zutage.

Als im Jahr 1975 das Forstgesetz in Kraft trat, gab es in Österreich keine Mountainbikes und wenig Gründe, mit dem Fahrrad durch den Wald zu fahren. Aus Sicht der Mountainbiker stammt das Gesetz aus einer anderen Zeit und passt nicht ins 21. Jahrhundert, in dem Hunderttausende regelmässig durchs Gelände pedalen.

Freigabe der Forststrassen als Enteignung

In der Geschichte der Familie Graf Montecuccoli gehört das Jahr 1975 quasi noch zur Gegenwart. Bis ins Hochmittelalter reicht die beurkundete Geschichte des Adelsgeschlechts zurück, seit fast 400 Jahren gehört ihr ein Forstbetrieb im Osten Österreichs. Rund zehn Quadratkilometer bewirtschaftet das Forstunternehmen heute. Felix Montecuccoli ist zudem Präsident des Verbands «Land & Forst Betriebe Österreich». Über die Öffnung der Wälder für Mountainbiker sagt er: «Eine Teilenteignung dieser Waldbesitzer zu Gunsten der Mountainbiker würde einen schweren Eingriff in die Grundrechte der privaten Waldeigentümer darstel-

len und zudem eine Vielzahl von Interessenskonflikten mit anderen Waldleistungen herbeiführen.» Nicht aller Privatwald gehört Grossgrundbesitzern, von denen es im Übrigen noch wesentlich grössere als die Montecuccoli gibt. Aber auch auf den kleineren Parzellen sind die Mountainbiker nicht willkommener.

Störfaktor Mountainbiker

Würde Mountainbiken in österreichischen Wäldern generell erlaubt, brächte das nach Felix Montecuccoli eine Reihe von Problemen mit sich: «Ein Konkurrenzkampf um den Wald und Konflikte zwischen unterschiedlichen Freizeit-, Sport- und Erholungsinteressen, Unfallgefahr für Waldbesucher, für Forstarbeiter und Transporteure, negative Auswirkungen auf das Ökosystem Wald. Die natürliche Nachtruhe für Wald und Wild wird laufend gestört, Erosionsrinnen entstehen durch neue Wege. Zudem wird der gesellschaftliche Grundkonsens über die Nutzung fremden Eigentums nur mit Zustimmung des Eigentümers aufgekündigt.»

Um das Wild sorgt sich auch der Verband Jagd Österreich. Generalsekretär Klaus Schachenhofer argumentiert: «Der Lebensraum unserer Wildtiere wird aufgrund des Flächenverbrauches immer weniger und der gesellschaftliche Druck, sprich die Beunruhigung auf diesen Flächen, wird immer mehr. Das

bedeutet eine sehr hohe Stressbelastung für unsere Wildtiere und somit steigen die Wildschäden in unseren ökologischen Lebensräumen. Vor allem im alpinen Raum mit einem hohen Anteil an Schutzwäldern hat dies gravierend negative Auswirkungen für die Allgemeinheit.»

Die Vorwürfe der Störung der Wildtiere und Schäden an Boden und Pflanzen durch Mountainbiker werden auch ausserhalb Österreichs vorgebracht, wenn es um das Befahren von Singletrails geht. Doch in Österreich kommen diese Argumente bereits beim Befahren von lastwagentauglichen Forststrassen. In keinem anderen Alpenland als Österreich werden die Mountainbiker grundsätzlich aus dem Wald ausgesperrt.

Der Wald und insbesondere der Privatwald dient in Österreich primär der Holzproduktion und der Jagd. Eine Jagdpacht oder ein Abschlussvertrag für ein Gebiet von 200 Hektar (zum Beispiel 1x2 Kilometer) kann dem Eigentümer jährlich mehrere zehntausend Euro eintragen. Mountainbiker stören die Jäger und können den Forstbetrieben grössere Sicherheitskosten auferlegen.

«Land & Forst Betriebe Österreich» wie auch «Jagd Österreich» betonen aber, dass sie die Freigabe definierter Strecken, regional abgestimmt auf vertraglicher Basis, nicht ablehnen. Dass es eine Lösung braucht, sehen auch sie und sie kämpfen





für ihre Interessen, so wie sich die Mountainbiker für die ihrigen einsetzen.

«Das Nordkorea der Mountainbiker»

Der Verein «upmove» kämpfte in den letzten Jahren mit diversen Protestaktionen für die Sache der Mountainbiker, aber auch mit Gesprächen bis in hohe Regierungsämter. Ziel war unter anderem die Sensibilisierung, dass das Forstgesetz und die Länderregelungen es den Mountainbikern insbesondere in vielen Berggebieten verunmöglichen, ihren Sport legal auszuüben. Eine ihrer Forderungen war, dass der Artikel 33 des Forstgesetzes geändert wird. «Wir kommen nicht weiter», räumt Andreas Pfaffenbichler heute konsterniert ein. Auch im Jahr 2021 ist Österreich ein Land, in dem Mountainbiken im Wald und in den Berggebieten fast überall verboten ist.

Das touristische Potenzial des Mountainbikes will Österreich trotzdem nutzen. Tirol hat deshalb das Mountainbike-Modell 2.0 geschaffen. Es enthebt die Besitzer der Haftung, wenn sie ihre Stras-

sen und Wege freigeben und entschädigt sie zudem finanziell für jeden Meter Weg, den sie zur Verfügung stellen. Diese Massnahme führte in Tirol zu 4000 Kilometern ausgewiesenen Radrouten mit einem Anteil von 300 Kilometern Singletrail. Zum Vergleich: Das flächenmässig wesentlich kleinere Graubünden hat 11'000 Kilometer Wanderwege, die mit wenigen Ausnahmen den Mountainbikern offenstehen.

«You like it? Bike it!» ist der Claim der Kampagne, mit der im Auftrag der Regierung Werbung für Fahrradurlaub in Österreich gemacht wird. 29'000 Kilometer Radrouten habe man zu bieten, gibt sie vor. Die Mountainbike-Gemeinde konnte ob dieser Darstellung nur den Kopf schütteln. «Die 29'000 Kilometer offiziellen Mountainbike-Routen sind nur zu einem Prozent Wege, der Rest Strassen, davon mehr als zwei Drittel Asphalt», hält Pfaffenbichler entgegen. Upmove reagierte mit Aufklebern im Stil der Regierungskampagne und dem Spruch «Österreich – das Nordkorea der Mountainbiker».

Man könnte erwarten, das zuständige Ministerium lasse diese realitätsferne Kampagne schnellstmöglich auslaufen. Dem ist nicht so, im Gegenteil. Laut Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus sind die beteiligten Destinationen sehr zufrieden mit der Performance der Kampagne, weshalb sie im Jahr 2021 fortgeführt wird.

Immerhin gibt es in den tourismusorientierten Bundesländern wie Tirol, Kärnten oder Vorarlberg immer mehr legale Mountainbike-Trails. Im Osten Österreichs dominieren die grossen Waldbesitzer und Forstbetriebe. Eine Entschädigung wie in Tirol, aktuell jährlich 12 bis 45 Cent pro Laufmeter Bike-Weg, ist für diese kein Anlass, auf die Mountainbiker zuzugehen.

Wofür und wogegen soll man kämpfen?

Neben Tirol bietet der Wienerwald ein ansehnliches Netz an Mountainbike-Strecken. Das kleine Bundesland Vorarlberg gilt als relativ Bike-freundlich. Zudem gibt es beispielsweise in der Umgebung von Salzburg

umstrittene, aber bislang geduldete Trails. Hinzu kommen die grossen Bikeparks wie Sölden, Leogang, Saalbach-Hinterglemm oder Serfaus. «Insellösungen» nennt David Schäffler von upmove die ungleichmässig verteilten Spots für Mountainbiker.

Corona hat auch in Österreich mehr Menschen auf das Mountainbike gebracht als je zuvor. Gerade in Zeiten von Reisebeschränkungen und Ausgangsrayons wäre es besonders wertvoll, von zuhause aus eine Runde biken zu können. In Österreich gibt es aber Orte, die 50 Kilometer und mehr von der nächsten legalen Mountainbike-Route entfernt liegen – was nicht heisst, dass es sich dabei um Singletrails handelt. Viele Mountainbiker Österreichs fühlen sich geradezu gezwungen, das Gesetz zu brechen, was auch regelmässig geschieht. David Schäffler ist überzeugt: «Der Mountainbike-Boom hat seinen Zenit noch lange nicht erreicht. Spätestens wenn wir zwei Millionen Mountainbiker sind, wird der Druck so gross sein, dass eine Lösung gefunden werden muss.»

Rene Sendlhofer-Schag hält den Kampf gegen das Forstgesetz nicht nur für aussichtslos, sondern auch für das falsche Ziel. Er ist Reiseveranstalter für MTB-Reisen und MTB-Koordinator beim Österreichischen Alpenverein. «Per Gesetz alle Forststrassen zu öffnen würde nie zur Freigabe der Wanderwege führen, also der Trails, auf denen die meisten Mountainbikerinnen und Biker hinunterfahren wollen», ist er überzeugt. Deshalb engagiert er sich für die Mountainbike Initiative Austria MIA. Deren Ziel ist es, die Bevölkerung dafür zu gewinnen, dass man an möglichst vielen Orten Mountainbike fahren kann. «Wir stehen nicht mit wehenden Fahnen vor dem Parlament. Wir wollen das Denken der Menschen verändern», erklärt er.

David Schäffler hingegen sieht keine Notwendigkeit, eine Imagekampagne für die Mountainbiker zu führen. «Wir haben ja gar kein schlechtes Image in der Bevölkerung. Als auch der Österreichische Alpenverein begann, sich für freie Wege für Mountainbiker einzusetzen, kam die Gegenwehr nicht von den Wanderern, sondern von den Bauern und der Forstwirtschaft.» Letztlich sei die regierende Österreichische Volkspartei die politische Kraft, welche Verbesserungen zugunsten der Mountainbiker verhindere. «Die ÖVP bedient die einschlägigen Lobbyisten. Nur eine rot-grüne Regierung kann etwas zugunsten der Mountainbiker verändern.»

Rene Sendlhofer-Schag ist überzeugt, dass es das Beste ist, die Bevölkerung von der Kindergeneration an für den Mountainbikesport zu begeistern und ihn einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Je mehr diesen Sport ausüben, desto eher gebe es Lösungen. «Wir werden im Jahr 2021 den Weg in die Köpfe der Österreicherinnen und Österreicher finden», glaubt er. Auf eine weitere reichende Prognose lässt er sich nicht hinaus. Auch er ist sich bewusst, wie lange schon für die Sache der Mountainbiker gekämpft wird und wie wenig dabei herausgekommen ist.

Die Waldbesitzer, die auch in den kommenden Jahren unverändert darüber entscheiden werden, wo gebikt wird und wo nicht, sie werden ihre grundsätzliche Haltung gegenüber dem Mountainbikesport so schnell nicht ändern. Wer sich entzweit fühlt, wenn Mountainbiker durch seinen Wald fahren und dazu das Gesetz auf seiner Seite weiss, hat wenig Grund für ein Entgegenkommen.

In Österreich stellt sich damit eine Grundsatzfrage, die über den Mountainbikesport hinaus reicht: Wie privat kann und soll der Naturraum Wald sein? Ist ein Kompromiss möglich, welcher der Allgemeinheit Mitsprache bei der Nutzung des Waldes gibt, auch wenn sich dieser in privatem Besitz befindet? Und erachtet die Mehrheit einen solchen Kompromiss überhaupt als nötig? Findet sich dafür keine politische Mehrheit, dann bleibt der Platz für Mountainbiker in Österreich weiterhin eng begrenzt und auf einige Inseln und Fahrstreifen beschränkt.

Epilog

Ein weiterer Weg könnte sein, in gewissen Gruppen gezielt Bike-Begeisterung zu säen. David Schäffler hat da einen Plan: «Würde jeder, der sich in Österreich ein Mountainbike kauft, zehn Euro in einen Topf zahlen, dazu der Händler und der Importeur des Bikes nochmals je zehn Euro dazulegen, dann wäre genug Geld vorhanden, um jedem jungen Menschen, der in Österreich in der Landwirtschaftsschule seine Berufsausbildung macht, ein richtig geiles Bike zur Verfügung zu stellen. Innert Kürze gäbe es viele begeisterte Mountainbiker unter den Bauern und nach zehn Jahren wäre Österreich ein Mountainbike-Paradies!»

Text: Stefan Michel Illustration: Luzian Meier



THE CONCEPT OF CONTROL



RASCAL

Clipless
all mountain & enduro



SCRUB

Flatpedal
enduro & freeride



SEEK

Flatpedal
freeride & slopestyle

THE CONCEPT OF CONTROL –
WHATEVER YOU RIDE OR SEEK,
WE ARE SURE TO HAVE THE
RIGHT SHOE FOR YOU.